

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 25 (1945-1946)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Der Lauf der weltpolitischen Ereignisse hat seit unserer letzten Übersicht eine ruhige und in keinem Punkte wesentlich überraschende Entwicklung genommen — eine Entwicklung also, wie sie für die Periode unmittelbar nach dem tatsächlichen Abschluß des Krieges in Europa einigermaßen voraussehbar erschien. Wenn etwas dabei bemerkenswert genannt werden darf, dann ist es wohl in der *Haltung der Vereinigten Staaten* zu suchen. Soweit bis jetzt erkennbar, sind jedenfalls die Befürchtungen vieler Beobachter nicht als begründet festgestellt worden, die schon für die Zeit unmittelbar nach der Beendigung des Krieges mit einer beginnenden Distanzierung dieses großen Landes von den europäischen Dingen rechnen zu müssen glaubten. Es scheint vielmehr, als hätte im Gegenteil mit der Übernahme der Präsidentschaft durch *Truman* sogar eher eine *Intensivierung der amerikanischen Politik* in den europäischen Zonen stattgefunden, und nicht nur im Bereiche des Feldzuges in Ostasien, wie allgemein erwartet worden war. Von irgendwelchen bemerkbaren Ansätzen isolationistischer Richtung ist jedenfalls bisher noch nicht viel zu verspüren, und es verdient zweifellos festgehalten zu werden, daß beispielsweise die Vorlage des Präsidenten über die *Verlängerung der Handelsabkommen*, welche es der Regierung erlaubt, die Zollansätze im Warenverkehr mit andern Ländern bis maximal fünfzig Prozent herabzusetzen, vom Repräsentantenhaus schon nach kurzer Aussprache mit einem schönen Mehr angenommen und dieser Beschuß nun auch vom Senat bestätigt worden ist. Dieser verhältnismäßig reibungslose Durchgang eines grundsätzlich wichtigen Entscheides läßt doch auf eine vorerst günstige Einstellung des Vereinigten Staaten im Sinne einer neuen Politik, im Sinne einer gewissen Annäherung an die *Grundsätze einer Solidaritätspolitik* zu Gunsten Europas, schließen. Bestimmt hat dazu in nicht unwesentlichem Maße die Tatsache beigetragen, daß die große Konferenz zum Aufbau einer neuen Weltordnung auf amerikanischem Boden stattfindet, und es ist nach dieser Richtung auch bemerkenswert, wenn in Washington schon heute davon gesprochen wird, daß der Präsident die ersten Schritte zur Ratifikation des Werkes von San Francisco bereits für die nächste Zeit in Aussicht genommen habe. Trotzdem ist, auf längere Sicht betrachtet, vor optimistischer Beurteilung zu warnen. *Der amerikanische Isolationismus ist nicht tot*; und es können viele Dinge eintreten, die ihn rasch wieder aktiv, ja übermächtig werden lassen.

Die letzte Phase der *Konferenz von San Francisco* weist noch verschiedene Schwierigkeiten auf, wenn auch grundsätzlich die Annahme des Statutes als Tatsache gebucht werden kann. Im wesentlichen sind naturgemäß die Anträge der fünf Großmächte durchgedrungen, und man mußte eben doch wiederholt den Eindruck bekommen, daß die stets ziemlich laut vertretenen Ansprüche der kleinen Nationen im wesentlichen nur für die Darlegung zum Fenster hinaus und zur Befriedigung gewisser persönlicher Liebhabereien bestimmt waren. Tatsächlich — gerade auch nach den effektiven Ergebnissen — besteht jedenfalls nicht der geringste Zweifel, daß die Großmächte in der neuen Organisation restlos entscheiden werden und die Assistenz der übrigen Nationen schließlich doch einfach auf ein mehr oder weniger plastisches Beiwerk herauskommen wird. Das hat der amerikanische *Staatssekretär*

Stettinius in seiner Radioansprache vom 28. Mai mit völliger Deutlichkeit festgehalten, als er erklärte,

daß, solange es zwischen den Großmächten gut stehe, die fünfundvierzig kleineren Länder in ausgedehntem Maße an den sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Bestrebungen des neuen Völkerbundes teilnehmen dürften, daß aber im Falle von Differenzen zwischen den fünf Großmächten der Bund zusammenstürzen und, mit oder ohne Veto, ein neuer Krieg ausbrechen würde.

Indessen scheinen aber die Vereinigten Staaten vorerst durchaus entschlossen, den Einsatz ihrer Stärke in einem Sinne geltend zu machen, welcher auf die Erledigung der bestehenden Differenzen zwischen den Großmächten nicht durch Nachgeben, sondern durch *resolute Festbleiben* abzielt. Dies gilt vor allem in Bezug auf das sicher entscheidende *Verhältnis zu Rußland*, und es läßt sich vorerst tatsächlich auch nicht bestreiten, daß diese Art der Politik, bis heute wenigstens, immerhin einige Früchte getragen hat. Es ergab sich dies in ziemlich nachdrücklicher Weise bei der vorläufigen Erledigung der Differenzen mit den Jugoslawen in Bezug auf *Triest*, es ergab sich dies weiter auch in der *Politik um Deutschland*, und ergibt sich hier im besondern im Bereiche der *Besetzungszenen*, wo gar nicht alles nach Moskauer Wünschen gehen will, — es ergab sich dies auch im Sinne einer zunehmenden Versteifung der Haltung der Westmächte in den *österreichischen Problemen*, und nicht zuletzt hat sich diese Haltung auch wieder jüngst bei der *Regierungsbildung in Italien* abgezeichnet. Man ist demnach im Begriffe, der undurchsichtigen, steifen und ziemlich rücksichtslosen Haltung Rußlands mit einigermaßen ähnlichen Rezepten zu begegnen, und zweifelsohne wird die Welt nicht nur mit großem Interesse, sondern mit innerer Anteilnahme die weitere Entwicklung dieser Dinge betrachten — hängt doch davon schließlich wohl nicht weniger als ihr eigenes Schicksal überhaupt ab.

Dagegen erscheint das Auftreten der westlichen Alliierten im Bereiche des *polnischen Problems* im Grunde nach wie vor doch eher dazu bestimmt, das Dekorum zu wahren. Immerhin haben die Westmächte auch in dieser Richtung in jüngster Zeit eine nicht ganz unbeträchtliche Verstärkung ihrer Position gewonnen durch die Tatsache der Konzentrierung einiger hunderttausend Mann polnischen Militärs im westlichen Bereiche, die sich aus ehemaligen Kriegsgefangenen in Deutschland rekrutieren, und von denen anscheinend die meisten nicht in das jetzige Polen zurückzukehren wünschen. (Übrigens ähnlich wie bei den Russen in der Schweiz.) Durch diesen Umstand ist jedenfalls die Stellung der *polnischen Exilregierung in London* nicht unwe sentlich gefestigt worden, und ihre Verlautbarungen haben in letzter Zeit an Selbstbewußtsein, das ihr übrigens nie abging, eher noch gewonnen. Trotzdem erscheint es eben kaum mehr zweifelhaft, daß der neue polnische Staat am Ende, zwar nach Westen stark aufgebläht, völlig und ausschließlich unter russischen Einfluß kommen wird, nachdem doch alle wichtigen Bedingungen durchaus dafür sprechen. Und so sind wir nach wie vor davon überzeugt, daß sich das — als solches — im Grunde durchaus natürliche *Prinzip der Einflußzonen* auch hier durchsetzen wird, allen schönen Beteuerungen zum Trotz; — und wir wollen zufrieden sein, wenn nur die neue und versteifte Politik von Washington und London wenigstens das erreicht, daß sich die russische Einflußzone nicht mehr weiter nach Westen verschiebt, vielmehr ungefähr in den jetzigen Bereichen begrenzt wird. Und das ist ja im Grunde überhaupt das Problem, worum es geht.

Einen sicheren Anhaltspunkt in dieser und in vielen anderen Richtungen wird wohl erst das *Treffen der drei Staatsmänner in Potsdam* geben, das anscheinend

durch die geschickten Unterhandlungen der amerikanischen Sonderdelegierten Hopkins und Davies mit Erfolg vorbereitet worden ist. Es gilt dies auch für die nach wie vor wichtige Frage der *Insel Bornholm*, über deren russische Besetzung übrigens die schwedische Presse, allen russischen Druckversuchen zum Trotz, es sich angelegen sein läßt, pikante Berichte in die Welt zu senden. So wurde unlängst dort eine Bornholm-Reportage veröffentlicht, von der es hieß,

der Bericht des illegal nach Bornholm gelangten und später der Aufsicht der Bornholmer Freiheitskämpfer entflohenen Journalisten strotzte von die Rote Armee beleidigenden, unwahrscheinlichen Angaben wie der angeblichen Massenverspeisung umfangreicher Seifenvorräte durch die Rotarmisten, deren begehrteste Delikatessen Haaröl und Maschinenschmiermittel seien.

Man begreift wohl, daß unter solchen Bedingungen die Differenzen im Bereich der *schwedisch-russischen Beziehungen* sich nicht leicht beseitigen lassen. Über die allgemeinen Verhältnisse auf dieser Insel geht uns soeben die folgende bezeichnende Agenturmeldung durch die Hand, die vom 19. Juni aus Stockholm datiert ist und in ihrem letzten Satz also lautet:

«Die Atmosphäre zwischen Dänen und Russen ist herzlich; doch bestehen keine Anzeichen für einen Abtransport der russischen Okkupationstruppen.»

Unter den übrigen Geschehnissen in unserer Berichtsperiode wäre die Ausschreibung der *Neuwahlen in England* festzuhalten; und es scheint, daß die *Labourpartei* sich verschiedene zügige Kandidaten aus dem höheren Offizierskorps der Armee hat sichern können. Sie soll auch, so hört man, große Chancen besitzen. Es mag in diesem Zusammenhang übrigens angemerkt werden, daß Moskau sein Interesse nach dieser Richtung ziemlich unverhohlen erkennen läßt; so wird dort die bevorstehende Unterhauswahl vor aller Öffentlichkeit mit der Wendung kommentiert, man hoffe, daß die Schlacht nicht «von den schwerkapitalistischen Reaktionären» gewonnen werde («Roter Stern»). In England hat übrigens am 18. Juni bereits die *erste Demobilmachung* begonnen, und in diesen Tagen sind die vor den V-Waffen aus London *evakuierten Kinder* wieder zurückgekehrt.

In jüngster Zeit nicht wenig gespannt stellte sich das Verhältnis zwischen *England und Frankreich* dar, wo auf beiden Seiten einige scharfe und teilweise auch giftige Wendungen fielen. Man hat sehr den Eindruck, als habe sich de Gaulle in Syrien eben doch zuviel zugemutet, und fast will es scheinen, als leide seine Politik in jüngster Zeit in vermehrtem Maße an Unsicherheit. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß diese syrische Angelegenheit am Ende mit einem französischen Erfolg abschließen wird; allzusehr ist doch Frankreichs Schwäche deutlich geworden. Sie mußte sich im weitern auch zeigen in der Angelegenheit des *Aostatales*, von wo nun die französischen Truppen ziemlich plötzlich und ziemlich geräuschlos wieder zurückgezogen worden sind. Festzuhalten wäre aus dem französischen Bereich noch das interessante Programm, das die *Kommunisten* für die kommenden Einigungsbesprechungen mit den Sozialisten bereit gemacht haben, und in dem u. a. ausgeführt wird:

«die Verhinderung der Ausbeutung des Menschen wurde oft mit der Aufhebung des *Privateigentums* in Zusammenhang gebracht. Dieser Standpunkt ist jedoch falsch. Das Privateigentum, die Frucht der persönlichen Arbeit des Bürgers, kann im Gegenteil nur durch das Verschwinden der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen garantiert werden...»

Das sind bemerkenswerte und für sanfte Elemente einigermaßen verführerische Töne. Im Herbst werden nämlich *die großen Wahlen* stattfinden, nachdem die *Gemeindewahlen* auch im zweiten Wahlgang ein wirklich klares Bild nicht ergeben haben. Aber nicht ohne eine gewisse Besorgnis wird man diesem Wahlkampf entgegensehen in diesem Lande, wo die Gemüter noch außerordentlich erregt sind und die Maschinenpistolen einen ziemlich leichten Abzug zu haben pflegen. Dazu kommt noch, daß in nächster Zeit der *Prozeß gegen Marschall Pétain* stattfinden soll. Und im übrigen wartet man nach wie vor auf *Pierre Laval*.

So mahnen denn die *Verhältnisse in Spanien* immer mehr zum Aufsehen. Es dürfte heute kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß General Franco es verstanden hat, durch sein äußerst subtile und schlaues Verhalten in diesem Kriege seinem Lande, aber auch seinem etwas modifizierten System eine sehr gute, fast könnte man meinen: unangreifbare Position zu sichern. Es dürfte eben zutreffen, was Mussolini in einer seiner ziemlich zahlreichen nachgelassenen Schriften angedeutet hat, und was auch der gesprächige Göring bestätigt haben soll: daß nämlich die Achse sich um die Jahreswende 1940/41 durch Spanien auf Gibraltar stürzen wollte — ein Plan, der aber von Franco, offenbar in weiser Voraussicht der kommenden Dinge, rechtzeitig abgelehnt wurde. Gegen seinen Willen aber dürfte das Unternehmen, nicht zuletzt auch wegen des nicht ganz einfachen Geländes, nicht durchführbar gewesen sein. Anscheinend hat sich also, dem gesamten Bilde nach, General Franco um die alliierte Sache ordentlich verdient gemacht, und die Engländer wollen ihn durchaus nicht fallen lassen; sicher ist, daß sie vorerst keineswegs daran denken, dort etwa eine halbcommunistische Einrichtung sich festsetzen zu lassen, wie dies bei einem Sturze des Diktators wohl kaum zu vermeiden wäre. So wird denn dort, genau wie in Italien, eine stramm britische Einflußzonenpolitik, als deutliches Gegen gewicht zu Rußland, getrieben, und zwar, so scheint es, durchaus mit amerikanischem Einverständnis. General Franco aber kann sich, wie die Dinge zeigen, inzwischen allerhand erlauben — außerordentlich bemerkenswert waren auch seine allerjüngsten Erklärungen gegenüber einem Korrespondenten der United Press (16. Juni), die ein bemerkenswert starkes Selbstbewußtsein erkennen ließen. Was die Angelegenheit *Pierre Laval* betrifft, so hat sich Franco durch seine Forderung, es müßten ihm für diese sehnlich begehrte Persönlichkeit einige spanische Republikaner ausgeliefert werden, in eine günstige Position gesetzt; — denn das sind ja auch politisch Belastete.

Im Bereiche der westlichen Dinge sei hier auch noch der *belgischen Krise* gedacht, als deren letzte Ursache, nach neuesten Meldungen, nicht weniger als eine Rebellion der französisch sprechenden Wallonen gegen den Bestand des Staates selbst angesprochen werden müßte. Man hört demnach mit dem Gedanken spielen, die Wallonen möchten sich gelegentlich an Frankreich anschließen. Zweifellos interessante, aber zur Zeit doch einigermaßen unwahrscheinliche Perspektiven.

Zürich, den 21. Juni 1945.

Jann v. Sprecher.

Zur Wirtschaftslage

Das Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen in Europa hat bisher nicht zu einer Friedenswirtschaft geführt, auch noch kaum zu den Anfängen einer solchen. Wir befinden uns vielmehr in einer ganz ausgesprochenen *Übergangslage* mit all dem Ungewissen und Unstabilen, das einer solchen eignet. Der Weltkrieg ist ja auch noch nicht beendet. Die Kämpfe gegen Japan gehen weiter. Solange Japan aber bedeutende Versorgungsgebiete der Erde beherrscht, wird die Mangelwirtschaft in wichtigen Produkten mit all ihren Konsequenzen nicht aufhören. Auch wird es den Vereinigten Staaten und Großbritannien bestenfalls möglich sein, dem Zivilbedarf etwas mehr Material und Arbeit zuzuwenden. Ihre Industrie, ihren Transportapparat und ihre Lebensmittel- und Rohstoffproduktion werden sie aber auf noch nicht absehbare Zeit weiterhin zur Hauptsache in den Dienst der Kriegsführung stellen müssen.

Für die Schweiz von ganz besonderer Bedeutung ist der heute hundertprozentige *Ausfall des deutschen Wirtschaftspartners* sowohl als Lieferant als auch als Abnehmer. Dabei war es gerade Deutschland, das nach Bezügen und Lieferungen für die Schweiz die erste Rolle spielte. Die gänzliche wirtschaftliche Paralysierung Deutschlands ist ein geradezu umwälzendes Ereignis. Wie wird sich Deutschlands wirtschaftliches Schicksal künftig gestalten? Niemand vermag dies auch nur im geringsten vorauszusehen. Vorläufig gibt es ja keine deutsche Regierung und keine deutsche Verwaltung mehr, sondern in jeder Hinsicht liegen alle Befugnisse bei den Besetzungsmächten. Wird Deutschland unter ihrem Regime mit der Zeit, und wann und wie, wieder einen gewissen Gütertausch mit uns pflegen können? Wird es uns Rohstoffe liefern, uns Produkte unserer Arbeit abnehmen? Man möchte vermuten, daß so etwas wieder kommen müsse, aber wann und wie weit, ist in völliges Dunkel gehüllt.

Ebenso ungewiß sind die Beziehungen mit *Rußland*. Wir haben zur Zeit keinen wirtschaftlichen Kontakt mit ihm und kennen die Hintergründe seiner politisch unfreundlichen Einstellung nicht. Ebenso herrscht noch keine Gewißheit über die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz mit den von Rußland heute besetzten Ländern. Klarheit hierüber ist auch noch gar nicht zu erwarten, liegt doch die Zeit der Kriegshandlungen noch nicht genügend weit zurück, um auch nur den Transportapparat, die Verwaltung, die Wirtschaft einigermaßen zu ordnen. Diese mehr technischen und politischen Probleme müssen bis zu einem gewissen Grade gelöst sein, bis wieder ein geregelter wirtschaftlicher Verkehr aufgenommen werden kann. Hingegen ist festzustellen, daß einige Staaten der russischen Einflußsphäre daran sind, mit der Schweiz eine gewisse Abklärung über die kommenden Wirtschaftsbeziehungen vorzunehmen.

Die so schmal gewordene Basis unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen ist naturgemäß kein Vorteil. Auf den Gütertausch mit Ostasien mußte die Schweiz ja auch seit langem verzichten. Ihre Abhängigkeit vom guten Gang der Beziehungen mit dem restlichen Teil der Welt ist gewachsen. Die Konsequenzen lassen sich noch nicht absehen.

In den einst von Deutschland besetzten *westeuropäischen Ländern* ist ein ungeheuerer Warenbedarf festzustellen. Die Aussichten für den Export wären von diesem Gesichtswinkel günstig, doch bestehen viele andere Schwierigkeiten. Naturgemäß müssen wir daran denken, wie wir bezahlt werden können. Die möglichen Gegenlieferungen dieser Länder sind beschränkt, wenn auch keineswegs gleich null. Wie rasch sie sich entfalten können, ist schwer zu beurteilen und hängt u. a. auch davon ab, wie stark ihnen ihre Verbündeten unter die Arme greifen. Die Lieferung auf Kredit wird verlangt und ist naheliegend. Bestimmte Grenzen werden aber nicht überschritten werden dürfen, sei es aus Gründen der Anpassung an die

Zahlungsfähigkeit in Waren und Dienstleistungen, sei es mit Rücksicht auf die schweizerische Wirtschaft selber, unsere Vorräte und den Umlauf an Zahlungsmitteln, der naturgemäß bei Lieferungen ohne sofortige Gegenleistung die Tendenz hat, sich aufzublähen. Ebenso ist die künftige Aufnahmefähigkeit der Schweiz für Importgüter in Rechnung zu stellen, mit dem die Kredite zur Hauptsache einmal abzuzahlen sein werden.

Auch andere Begleiterscheinungen erinnern daran, daß wir keineswegs in normalen Zeiten leben. Wohl besteht in den befreiten Ländern Bedarf nach allem und jedem, aber die Regierungen möchten die Bezüge möglichst auf das Dringendste konzentrieren. Naturgemäß ist der Hunger nach Maschinen besonders groß, aber auch nach anderem, was zum Wiederaufbau und zur Beschaffung von Unterkunft für die Bevölkerung dient, die ihre Heimstätten verloren hat. So tritt der Schweiz eine Nachfrage gegenüber, die keineswegs diejenige ist, die sie herkömmlicherweise befriedigte. Es werden Produkte von uns gewünscht, die wir nie nennenswert exportierten. Unsere ausgesprochenen Friedens- und Luxusindustrien anderseits finden wohl unter den traditionellen Abnehmern auch der befreiten Länder viele Interessenten, aber ob die Regierungen es dulden, daß die verfügbaren Mittel für Derartiges verwendet werden, ist noch eine offene Frage. Die Neigung, Entbehrliches zu erwerben, ist dort sehr klein; immerhin mag ein Gegengewicht darin bestehen, daß die kriegsverwüsteten Länder doch auch ihre eigenen Luxus- und Friedensindustrien wieder werden aufbauen wollen, schon um der Arbeitsbeschaffung willen, und daß das ohne Zusammenarbeit mit den alten Lieferanten nicht gehen wird.

Daß auch die Preis- und die Währungsfrage, der Wiederaufbau der Staatsverwaltungen, das allmähliche Einstufen der innern wirtschaftlichen Ordnung und Beziehungen und anderes von grösster Bedeutung sind, sei lediglich angedeutet.

Ein Wort muß hier noch den *Schwarzen Listen* gewidmet werden. Dies hässliche und heimtückische Mittel des Wirtschaftskrieges erinnert uns besonders daran, daß die Friedenswirtschaft noch Zukunftshoffnung ist. Die Schweiz hat das Kampfmittel der schwarzen Listen nie anerkannt, ihre Anwendung aber nicht verhindern können. Es ist für uns besonders einschneidend, ja verletzend und für die Schweiz als souveränen Staat fast untragbar, daß zahlreiche Firmen von den Alliierten in dieser Weise verfeindt wurden, die in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit stets im Rahmen der staatlichen Vereinbarungen blieben. Während des Krieges wollte und mußte die Schweiz den Wirtschaftsverkehr mit beiden Kriegsparteien aufrecht erhalten. Sie sorgte dabei selber, soweit es die Verhältnisse irgend zuließen, für ein möglichstes Gleichgewicht. Daß trotzdem, im Interesse der Verringerung der Beziehungen mit der Achse, nicht nur von Staat zu Staat verhandelt, sondern auch einzelne Firmen verfolgt wurden, ja daß so die eine Hand wieder teilweise wegnahm, was die andere in Verhandlungen von Staat zu Staat gegeben hatte, war und ist eine enorme wirtschaftliche und moralische Belastung. Sollen wirklich schweizerische Unternehmungen, die sich nie gegen schweizerische Vorschriften und schweizerisch-ausländische Verträge vergangen haben, weiter geschädigt, ja vielleicht zugrunde gerichtet werden? Die Aufhebung der schwarzen Listen und der Berücksichtigung des Feind- und Schwarze-Listen-Anteils im Export ist überreif.

Mit Bezug auf unsere *Versorgung* steht an erster Stelle der Dringlichkeit die *Kohle*. Während an den Berner Verhandlungen bestimmte Zusagen noch nicht erreichbar waren, bestehen heute gewisse Zusicherungen. Im Land ist diese Kohle aber noch nicht. Was die Grenze überschritten hat, ist minim. Wir leben von den Vorräten. Heute erst, wo sie so sehr mangelt, wird uns recht bewußt, welch ungeheure Rolle die Kohle spielt. Da sie für die Herstellung des Zements unentbehrlich ist, wäre es selbst schwierig, das bereitgehaltene Arbeitsbeschaffungsprogramm voll in Gang zu setzen, wenn etwa wegen der Kohlenknappheit die Beschäftigung in der Industrie rückläufig werden müßte. Es wird vielen auch erst jetzt bewußt werden,

welch gewaltige Bedeutung es hatte, daß unsere Unterhändler während des Krieges eine genügende Versorgung mit diesem unentbehrlichen Grundstoff der industriellen Tätigkeit zu sichern vermochten. Es ist nicht leicht sich vorzustellen, wie es gekommen wäre, wenn die industrielle und gewerbliche Tätigkeit während des Krieges aus Kohlemangel hätte zusammenbrechen müssen.

Die Kohle ist aber nicht der einzige Stoff, dessen Verknappung zu Sorgen Anlaß gibt. Wir leben, wir arbeiten, wir exportieren, aber der Materialersatz spielt ungenügend. In vielem werden wir knapper, und auch die Lebensmittel sind keineswegs reichlich. Viele wichtige Rohstoffe und Nahrungsmittel werden von den Alliierten im Interesse der Kriegsführung und gleichmäßigen Versorgung bewirtschaftet. Die uns zugestandenen Kontingente müssen wir vielfach dort kaufen, wo man uns hinweist. Es sind dies oft weder die billigsten, noch die besten, noch die transportmäßig günstigsten Plätze, woraus uns preislich und transportmäßig zusätzliche Belastungen erwachsen. Ein Weltmarkt existiert nicht mehr und läßt uns schmerzlich erkennen, wie großzügig und human einst die wirtschaftliche Welt war, als jeder Mann überall im Einkauf die gleichen Chancen hatte und nicht durch die staatliche Lenkung gebunden war.

Die *Transportsituation* hat sich so weit erholt, daß unsere hochwertigen und im allgemeinen wenig voluminösen *Ausfuhrgüter* ohne besondere Schwierigkeiten sollten ausreisen können. Bahnen und Schiffe genügen aber für die Bewältigung unserer *Einfuhrbedürfnisse* noch nicht. Die Massengüter, die wir brauchen, finden noch keinen ihnen gewachsenen Transportapparat. Zwar sind nicht unerhebliche Fortschritte festzustellen; aber die Mengen, die uns in den Berner Verhandlungen zugestanden wurden, können noch nicht bewältigt werden. Eine große Hoffnung richtet sich nach den italienischen Häfen. Größter Gewinn ist es, daß die Elektrizitätswerke, von denen die zu den italienischen Häfen führenden Bahnen gespeist werden, intakt geblieben sind. Andernfalls wäre nicht abzusehen, wann ein leistungsfähiger Verkehr sollte aufgenommen werden können.

Wenn aber der Transport von den Häfen in die Schweiz und der Auslad in den Häfen selber einmal ausreichend leistungsfähig sein werden, so werden wir erst recht erfahren, daß unsere *Handelsflotte*, die eigenen und die uns zur Verfügung stehenden fremden Schiffe, ihrerseits nicht genügen, das ganze Volumen unseres Güterbedarfs zu transportieren. Auch hier stellen sich noch Aufgaben.

Je mehr sich aus der Übergangszeit eine Friedenswirtschaft entwickelt, um so stärker werden sich die wirtschaftlichen Gesetze wieder auswirken. Die Zeit wird kommen, und teilweise ist sie schon jetzt da, in der die *Preise* wieder zum wirtschaftlichen Schicksal werden. So wenig wie wir die politische Entwicklung vorauszusehen vermögen, so unmöglich sind Prophezeiungen über den kommenden Kurs der Weltmächte im Bereich der Preisgestaltung und der eng damit zusammenhängenden Währungsfrage. Wird der Krieg von einem Preissturz gefolgt werden? Wo wird sich ein neues stabiles Niveau bilden? Oder werden die Regierungen aus bestimmten Überlegungen das Preisniveau halten oder gar steigern wollen? Wir wissen es nicht; nur eines ist sicher: daß die Entwicklung in den Weltmächten in stärkstem Umfang auf die Kleinstaaten zurückwirken wird. Aber wo sich auch ein neues Niveau einmal bilden wird, gewiß ist, daß die Zeit des echten *Leistungswettbewerbes* wiederkehrt.

Was die kleine Schweiz anbelangt, wird sie gut daran tun, mit Vorsicht zu operieren. Sie hat allen Grund, die errungene Preisstabilität mit größter Energie gegen die äußern und vor allem die manifesten innern Auftriebstdendenzen zu verteidigen. Sollte die Preisentwicklung in der Welt definitiv nach oben gehen, so werden wir leicht nachkommen können. Eine Anpassung nach unten ist aber erfahrungsgemäß ein überaus schwieriges Unterfangen. Sich auf *Währungskorrekturen*

zu verlassen, wäre verfehlt. Wie die andern reagieren würden, ist ungewiß, und jede Abwertung bedeutet eine teilweise Enteignung derjenigen, die ihr Einkommen nicht entsprechend anzupassen vermögen. Kaum jemand hat überdies ein so großes Interesse an stabilen Währungsverhältnissen wie die zwar kleine, aber wirtschaftlich mit der Welt so eng verflochtene Schweiz. Die Verteidigung des heutigen Preisniveaus gegen die Auftriebstendenzen ist auch deshalb geboten, weil die U. S. A., Großbritannien und seine Dominien und Schweden im Vergleich zur Vorkriegszeit eine geringere Steigerung der Lebenskosten aufweisen als wir. Die Schweiz sollte sich deshalb auch hüten, sich durch autarkische kostspielige Experimente zu sehr zu belasten.

Mit Währungsexperimenten liebäugeln kaum wirtschaftliche, wohl aber einzelne politische Kreise, die offenbar Maßnahmen und Bindungen ausweichen möchten, die ihnen weniger angenehm sind. Ihr neues Zauberwort ist die Vollbeschäftigung, die auch einer «starren Währungspolitik» vorgehe. Sie übersehen, daß es noch keinem Staat, auch nicht den USA., gelungen ist, die Vollbeschäftigung durch Währungsmanöver zu sichern. Wenn die Abwertung von 1936 mehrheitlich günstige Folgen hatte, so deshalb, weil wir uns der Währungsbasis der Weltmächte anschlossen und weil das Krisentief ohnehin überwunden war. Die Schweiz hat sich damals der Währungs- nicht der Preispolitik angepaßt. Völlig verkehrt aber wäre es, wenn die Schweiz, die angesichts ihrer Verknüpfung mit dem Weltmarkt das größere Interesse an stabilen Währungsverhältnissen hat als jedes andere Land, das schlechte Beispiel mit Währungsexperimenten gäbe, nur weil eine gewisse Disziplin im Preis- und Lohnsektor einigen Zirkeln unangenehm ist.

Die *weltwirtschaftlichen Verschiebungen*, die der Krieg zur Folge hat, sind von einer verwirrenden Fülle, sodaß sie sich nicht überblicken lassen. Zerstörten Gebieten stehen neue Produktionsstätten von höchster Leistungsfähigkeit gegenüber. In manchen früheren Agrarländern ist die Industrialisierung stark fortgeschritten, sodaß die Ein- und Ausfuhrbedürfnisse ganz andere sein werden. Ganze Staaten sind in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung teils stark zurückgefallen, teils gewaltig gewachsen. Die Wirtschaftspolitik der Regierungen wird vielleicht eine ganz andere sein; man denke etwa an die zunehmende Bedeutung, die der sogenannten «aktiven Konjunkturpolitik» beigemessen wird. Viel schöne Worte werden der Verringerung der Handelshemmnisse gewidmet, aber anderseits wird der Schutz der neuen Industrien und die Beschäftigung der heimkehrenden Soldaten um jeden Preis verlangt. Auch bestehen noch keine wirklichen Anhaltspunkte, daß die Weltwirtschaft der Fesseln des bilateralen Verkehrs ledig werden wird, wenn auch die Formen dieser Fesseln sich ändern mögen. Welche Tendenzen werden obsiegen? Niemand wird es voraussagen wollen; aber verlassen wir uns, was uns anbelangt, darauf, daß auch in Zukunft höchste Leistung die beste Garantie zur Behauptung im Existenzkampf sein wird.

Mögen aber auch, wie dies in einer so extrem übergangsmäßigen Zeitspanne der Fall sein muß, die Unbekannten und Unsicherheiten überwiegen, einige *Lichtblicke* sind doch auch vorhanden. Da ist unsere immer noch gute Beschäftigungslage. Da ist die Tatsache, daß die mehreren zehntausend Mann, die aus dem Aktivdienst entlassen werden konnten, ohne Reibung Unterkunft in der Wirtschaft fanden, nicht zuletzt infolge der kurzen Dienstperioden, die zur Folge hatten, daß man ihnen die Arbeitsstätten offen halten konnte. Die Landwirtschaft hat bis heute ein gutes Jahr zu verzeichnen. In der Transportlage ist doch eine gewisse Entspannung eingetreten. Die Versenkungsgefahr der Schiffe ist behoben, die alliierten Handelsflotten werden durch die Aufhebung der Geleitzüge leistungsfähiger, die Versicherungsprämien reduzieren sich, die Umwege, Aufenthalte, Liegegelder, Umlade werden zurückgehen. Versorgungs- und wohl auch kostenmäßig läßt sich also eine gewisse Entspannung erhoffen. Unser Verhältnis zu den Siegermächten ist gut; wir sind im

Begriff, mit den wiedererstandenen Nachbarn die Fäden wieder aufzunehmen. Sofern wir angemessen versorgt werden, werden wir einen gewissen Beitrag an den Wiederaufbau leisten können. Vor allem aber ist unser Volk gesund, unsere jungen Männer sind nicht verstümmelt, getötet oder verschleppt, unsere Industrie wurde nur in bescheidenem Maße auf den Krieg umgestellt. Die Werkstätten und Betriebe sind unzerstört, unsere Volkswirtschaft ist leistungsfähig.

Es ist zwar Übergangszeit. Die Umwelt ist anders, als sie je war. Wir müssen einen Weg gehen, von dem wir nicht wissen, wohin er führt und über den wir nur zum geringsten Teil selber bestimmen. Aber der, der ihn zu wandeln hat, ist wenigstens gesund und fähig, aber auch willens, sich unter neuen Bedingungen bestmöglich zu behaupten.

Kriegsende. Vor Friedensbeginn

(Londoner Brief)

Die *Friedens-Feierlichkeiten in London* und die Freudenskundgebungen aus Anlaß des Sieges in Europa, die sich England für ein paar Tage erlaubte, sind vorüber. Wer, wie die verantwortlichen Minister, den Ernst der Lage in den Jahren 1940—41 kannte; wer, wie alle Engländer, fast sechs lange Jahre sein Alles einsetzte, um den Feind fernzuhalten und schließlich niederzuringen; wer, wie alle Londoner, die Raketengeschosse in der Stadtmitte hat einschlagen hören; — jedermann auf den englischen Inseln war gewiß berechtigt, seinem Jubel über das Kriegsende in Europa überschäumenden Ausdruck zu geben. Echte Fröhlichkeit brach denn auch aus. Was aber von größerer Bedeutung erscheint, ist die Tatsache, mit welcher Klarsichtigkeit die riesengroße Frage der unmittelbaren Zukunft überall erkannt wird. Über die Größe der jetzt in Europa zu lösenden Probleme gibt man sich weder in Regierungskreisen noch im weiten Lande irgendwelchen Illusionen hin. Manchmal artet diese Offenhörigkeit gar zu Zynismus aus; meist jedoch äußert sie sich in Ungeduld: — man wird ungeduldig, wenn UNRRA keine rechte Hilfe bringt; wenn keinerlei unabhängig-einwandfreie Nachrichten aus Österreich zu haben und überhaupt kein Wort aus den von Rußland besetzten Teilen Polens kommt . . . Kein Wunder denn, daß der Leiter der englischen Regierungskoalition, daß Churchill, auf der Höhe seines Ruhms, seine Rede an die englische Nation mit diesen Worten schloß:

«Auf dem europäischen Festland müssen wir noch durchsetzen, daß die einfachen und ehrenhaften Ziele, für die wir in diesen Krieg zogen, nicht beiseite gesetzt oder in den kommenden Monaten übersehen werden, und daß die Worte Freiheit, Demokratie und Befreiung nicht um ihren Sinn gebracht werden, so wie wir sie immer verstanden haben.»

Gewiß keine Fanfarentöne eines mit seiner Arbeit zufriedenen Volkes! Im Augenblick des Sieges vielmehr eine klare Darstellung der kommenden schwierigen Aufgaben. Wer sich der Haltung zu Ende des letzten Krieges erinnert — als Woodrow Wilson seinem Volke sagte, daß «alles, wofür die Vereinigten Staaten kämpften, erfüllt und erreicht sei» — der wird die neue Sachlichkeit zu würdigen wissen. Winston Churchill fuhr fort:

«Es wäre ziemlich nutzlos, die Hitlerleute für ihre Verbrechen zu bestrafen, wenn Recht und Gerechtigkeit nicht herrschten und wenn totalitäre oder Polizei-Regierungen an Stelle der deutschen Eindringlinge («German invaders» waren seine Worte, d. h. die aus Stalins täglichen Kriegsberichten als Schlagwort bekannte Formulierung) träten.»

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Rundfunkansprache, mit der die Siegesfeiern ihr Ende fanden — bis Japan niedergerungen —, nicht im vollen Manuskript mit der gewöhnlich auf solche Kundgebungen angewandten Sorgfalt vorbereitet worden war. Umso eindrucksvoller diese Worte. Umso einprägsamer die volle Zustimmung, die gerade diese Schlußfolgerungen aus der neuen Lage fanden. Großbritannien wird alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel anwenden, um diese Ziele für Europa durchzusetzen: während sich die Stimmen mehren, die eine Zusammenarbeit mit Rußland und eine gleichzeitige Rettung des europäischen Festlandes auf Grund der Prinzipien der Atlantikcharta für eine Quadratur des Zirkels erklären, wird sich die Politik der jetzigen englischen Regierung bemühen, die Russen für eine englisch-amerikanisch-russische Gesamtlösung aller europäischer Fragen zu gewinnen. In einfacherer Sprache: sie wird ihr Äußerstes tun, den Jalta-Worten über die Befreiung Europas Fleisch und Blut zu geben. Ohne dies erscheint eine Zusammenarbeit der Großen Drei nicht möglich.

Mit dieser Sorge im Hintergrund erscheinen alle Zukunftsfragen, zum Beispiel die von *San Francisco*, etwas schattenhaft unwirklich. Während es deshalb doppelt verfrüht erscheint, sich zur San Francisco-Konferenz zu äußern, ist es richtig, sich die Äußerungen ins Gedächtnis zu rufen, die den englischen Mitgliedern der Konferenz mit auf den Weg gegeben wurden. Das Unterhaus verwarf, fast einmütig, die auf Rußlands Wunsch vorgeschlagene Abstimmungsformel im Sicherheitsausschuß der zu bildenden Friedensorganisation, durch die alle fünf Großmächte (von eben diesen fünf dazu ernannt) alle Aktion gegen jedweden Friedensbrecher verhindern können. Gewichtiger als diese von Clem Attlee dargelegten Bedenken des Unterhauses waren die Ansprachen im Oberhaus, wo Lord Cranborne, der Minister für die Dominien, für die Delegation und die Regierung zu antworten hatte.

Lord Samuel bedauerte die Abwesenheit Schwedens und der Schweiz; glaubte in den zweiseitigen Bündnissen (England-Rußland; Frankreich-Rußland; usw.) Stützen der kommenden Friedensorganisation zu sehen; wandte sich gegen das Vetorecht der Großmächte. Lord Templewood, besser bekannt als Sir Samuel Hoare und letzthin Botschafter in Madrid, brach erneut eine Lanze für einen allgemein anzuerkennenden Code von Zivilrechten, die jedem Bürger dieser Erde zugestanden werden müßten. Er verlangte, wie er dies in vielen Reden letzthin in London, Manchester und anderen Städten Englands tat, daß eine Organisation wie das Internationale Arbeitsamt gebildet werde; eine solche ständige Körperschaft müsse der Welt über die Bürgerrechte des Einzelnen berichten, genau so wie das Arbeitsamt über die Arbeitsbedingungen wache.

«Wiederum treiben wir einem Kapitel Machtpolitik entgegen und die Interessen des Mannes in der Straße, des kleinen Mannes werden, genau wie die Interessen der Kleinstaaten, den Ansprüchen der Gewalt und den Forderungen der Großmächte unterworfen.»

Es verlohnt sich, diese Gedankengänge — nicht nur im Zusammenhang mit der oben erwähnten Sorge um Europa und die Zusammenarbeit der Großen Drei — bis zu Ende durchzudenken: wie steht es um die Souveränität der Staaten, wenn eine Internationale Organisation zur Überwachung menschlicher Grundrechte gebildet wird? Welche Staaten würden folgen und sich anschließen, wenn England die Führung in der Forderung nach einer solchen Organisation übernähme und sich ihr selbst unterwürfe? Wenn wir einer internationalen Einflußnahme auf Arbeitsbedingungen zustimmen, warum nicht einer auf Lebens-, Straf-, Rede-, Radio-, Flug-Bedingungen? Wo ist die Trennungslinie? Diese Fragen stellen, ist nicht müßig. Menschen, die, wie fast jeder in England, über fünf Jahre unter dem Schatten feindlicher Luftbombardierung gelebt haben, stellen sie. Was fragt sich Europa? Die von Lord Templewood geforderte internationale Sicherung gegen Meinungsknebelung

und Terror, gegen Goebbelei und Himmlerei aller Orten, ist eine brennende Tagessorge.

Krieg im Fernen Osten, nach dem Sieg in Europa der Anfangskampf um einen für Europa (und deshalb auch für Großbritannien) erträglichen Frieden: um diese Dinge dreht sich alles außenpolitische Denken in England.

Buxton (England), im Juni 1945.

F. W. Pick.

★ Kulturelle Umschau ★

Leonardo, von Ludwig H. Heydenreich¹⁾

Das Bild, das uns die Wissenschaft vom universalsten Meister der Renaissance entwarf, war bisher in zwei unvereinbare Teile aufgespalten. Auf der einen Seite stand der Künstler Leonardo, dessen wenige erhaltene Gemälde man bis zum Überdruß verhandelt hatte, auf der anderen stand der Denker, mit dem man nie so ganz fertig geworden war. Wohl liegt sein über 5000 Seiten umfassendes Schrifttum in trefflichen Facsimilés vor und ist in allen Sprachen zugänglich — seit 1940 auch in einer vollständigen deutschen Übertragung; wohl handelt eine unübersehbare Spezialliteratur von seinen Entdeckungen im Bereich von Naturwissenschaften, Medizin, Technik und Architektur: aber alle diese Untersuchungen beschränken sich auf enge Fachgebiete, behandeln jedes Problem vor allem vom Standpunkt der unzähligen «ersten Erfindungen» des Praktikers aus und zersplittern das Bild des Künstlers mehr als daß sie es klären. Noch die große Mailänder Jubiläumsausstellung von 1939 stand ganz unter dem Eindruck der technischen und mechanistischen Überlegenheit des gewaltigen Erfindergeistes. In Dutzenden von großen Maschinen und kleineren Modellen hat man seine oft nur winzigen Skizzen und Konstruktionen veranschaulicht, wobei sich doch erstaunlich viele Gedanken als lebensfähig erwiesen, welche Theorie und Praxis erst in neuester Zeit realisierten. Die größte Überraschung auf künstlerischem Gebiet war die Abteilung «Leonardo als Architekt». Seine Bemühungen um den Lieblingsgedanken der Renaissance, den allseitig gleichen «Zentralbau», erhielten hier, 430 Jahre nach seinem Todestag, eine höchst überzeugende feste Gestalt und wiesen ihm einen neuen Platz in der Reihe großer Baumeister zu.

Als Mittler zwischen den beiden Welten des Gedankens und der Kunst sind uns unzählige Zeichnungen erhalten, die von der flüchtigen Illustration technischer Details bis zum vollendeten Meisterwerk ansteigen. Prof. Heydenreich, dessen Verdienste um den Schutz italienischer Kunstdenkmäler in der Schweizer Presse schon gewürdigt wurden, hat nun erstmals Ordnung in dies scheinbare Chaos verschiedenartiger Darstellungsgebiete hineingetragen. Er weist nämlich nach, daß Leonardo in all seinen Studien von der bildlichen Erscheinungsform des Objektes ausgeht und die Umwelt zunächst als Künstler betrachtet. Er verfolgt den Fluß der Wasserrubbel, den Wuchs der Pflanze, soweit er sichtbar ist und sich in graphischen Zeichen festhalten lässt. Leonards Welt fällt mit der Sichtbaren zusammen und hört dort auf, wo die abstrakte der Theorie beginnt, die Gesetze der Schwerkraft und Anziehungskraft usw. Das war unendlich viel in einer Zeit, deren ganzes Denken von mittelalterlich überirdischen Gedanken beherrscht war, aber es führte notwendigerweise zu Grenzen, die erst durch die moderne Theorie zu überwinden waren.

Leonards Studien wirken zunächst in höchstem Grade anschaulich. Wenn er den menschlichen Körper oder eine Blume zeichnet, so zeichnet er sie zunächst

¹⁾ Ludwig H. Heydenreich: Leonardo. Rembrandt-Verlag, Berlin 1943.